

Bekanntmachung

Inkrafttreten
der

3. Änderung des Bebauungsplans mit integriertem Grünordnungsplan

„Gewerbegebiet Nußdorfer Straße“

Der Gemeinderat hat am 16. Juni 2018 in öffentlicher Sitzung die 3. Änderung des Bebauungsplans

„Gewerbegebiet Nußdorfer Straße“

für den Bereich des Grundstücks Fl.Nr. 172/1 der Gemarkung Flintsbach a.Inn als Satzung beschlossen. Das Grundstück liegt an der Hochriesstraße zwischen den Gebäuden Hochriesstraße 3 und Hochriesstraße 7. Dieser Beschluss wird hiermit gemäß § 10 Abs. 3 des Baugesetzbuches (BauGB) ortsüblich bekannt gemacht. Mit dieser Bekanntmachung tritt die Bebauungsplanänderung in Kraft. Jedermann kann die Bebauungsplanänderung mit der Begründung sowie die zusammenfassende Erklärung über die Art und Weise, wie die Umweltbelange und die Ergebnisse der Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung in dem Bebauungsplan berücksichtigt wurden, und aus welchen Gründen der Plan nach Abwägung mit den geprüften, in Betracht kommenden anderweitigen Planungsmöglichkeiten gewählt wurde, bei der Gemeinde Flintsbach a.Inn, Kirchstraße 9, Zimmer 15 während der üblichen Dienststunden einsehen und über deren Inhalt Auskunft verlangen.

Auf die Voraussetzungen für die Geltendmachung der Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften und von Mängeln der Abwägung sowie die Rechtsfolgen des § 215 Abs. 1 BauGB wird hingewiesen.

Unbeachtlich werden demnach

1. eine nach § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr.1 bis 3 BauGB beachtliche Verletzung der dort bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften,
2. eine unter Berücksichtigung des § 214 Abs. 2 BauGB beachtliche Verletzung der Vorschriften über das Verhältnis des Bebauungsplans und des Flächennutzungsplans und
3. nach § 214 Abs. 3 Satz 2 BauGB beachtliche Mängel des Abwägungsvorgangs und
4. nach § 214 Abs. 2a BauGB im beschleunigten Verfahren beachtliche Fehler,

wenn sie nicht innerhalb eines Jahres seit Bekanntmachung des Bebauungsplans schriftlich gegenüber der Gemeinde geltend gemacht worden sind; der Sachverhalt, der die Verletzung oder den Mängel begründen soll, ist darzulegen.

Außerdem wird auf die Vorschriften des § 44 Abs. 3 Satz 1 und 2 sowie Abs. 4 BauGB hingewiesen. Danach erlöschen Entschädigungsansprüche für nach den §§ 39 bis 42 BauGB eingetretene Vermögensnachteile, wenn nicht innerhalb von drei Jahren nach Ablauf des Kalenderjahres, in dem die Vermögensnachteile eingetreten sind, die Fälligkeit des Anspruches herbeigeführt wird.

Ortsübliche bekanntgemacht durch

**Anschlag an der Amtstafel
am 29. Nov. 2018**

sowie auf der Internetseite der
Gemeinde Flintsbach a.Inn (www.flintsbach.de)

Abgenommen am

.....
Unterschrift und Dienstbezeichnung

Flintsbach a.Inn, 29. Nov. 2018
Gemeinde Flintsbach a.Inn



Stefan Lederwascher
Erster Bürgermeister